Der Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen

An den
CDU Kreisverband Euskirchen
Herrn Detlef Seif MdB
Herrn Johannes Winckler
An der Vogelrute 9
53879 Euskirchen

18. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,
sehr geehrter Herr Winckler,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28. Mai 2020 zu dem laufenden Standortsuchverfahren der belgischen ONDRAF für eine tiefengeologische Endlagerung hochradioaktiver Abfälle auf belgischem Staatsgebiet.

Ich teile Ihre Sorgen und die Befürchtungen der Menschen in der Grenzregion, die sich gegen ein mögliches atomares Endlager in ihrer direkten Nachbarschaft wenden. Die Eifelregion zählt zu den erdbebengefährdeten Gebieten in Deutschland und auch mich beschäftigt die Frage, wie sich das Vorhaben auf die Umwelt und den Naturhaushalt in Nordrhein-Westfalen auswirken könnte.

Grundsätzlich begrüße ich, dass Belgien sich endlich entschlossen hat, die Endlagerfrage für hochradioaktiven Abfall systematisch anzugehen und dazu auf eigenem Staatsgebiet nach einem Endlager sucht. Damit kommt Belgien seinen Verpflichtungen gemäß 2011/70/Euratom nach und wählt mit der tiefengeologischen Option das aus Sicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung derzeit sicherste und ökologisch tragfähigste Verfahren. In diesem Sinn ist die Mitte April eingeleitete Strategische Umweltprüfung (SUP) ein erster Schritt.

Das von belgischer Seite gewählte Vorgehen, nämlich die dazu notwendige öffentliche Konsultation ohne eine aktive Beteiligung der deutschen Bürgerinnen und Bürger durchzuführen, halte ich jedoch im Sinne eines guten nachbarschaftlichen Verhältnisses für unglücklich.

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-01
ministerpraesident@stk.nrw.de

Auch wurde zuvor weder die deutsche Bundes- noch die nordrhein-westfälische Landesregierung über das Vorhaben informiert. Dies spiegelt nicht den guten und konstruktiven Austausch in der seit drei Jahren regelmäßig tagenden Deutsch-Belgischen-Nuklearkommission wider.

Umweltministerin Ursula Heinen-Esser und Wirtschaftsminister Prof. Andreas Pinkwart haben sich vor diesem Hintergrund in einem gemeinsamen Schreiben an ONDRAF/NIRAS gewandt und die nordrhein-westfälische Position deutlich zum Ausdruck gebracht. Wesentlicher Kritikpunkt ist, dass eine Notifizierung deutscher Stellen gemäß Art. 3 des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeits-prüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (ESPOO-Konvention) und gemäß Art. 10 des Protokolls über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (SEA-Protokoll) von der belgischen Seite nicht durchgeführt wurde. Daher haben wir eine Übersendung aller entscheidungserheblichen Unterlagen und eine Verlängerung der Einwendungsfrist erbeten, um eine belastbare fachliche Prüfung durchführen zu können.

Ich bedanke mich, dass Sie sich persönlich aktiv und engagiert in das Verfahren einbringen und den guten Kontakt zur deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien pflegen. Dieser direkte Kontakt und Austausch mit den politischen Gremien auf belgischer Seite sind Basis für ein konstruktives Miteinander auch in so schwierigen Fragen wie der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle.

Mit freundlichen Grüßen

Armin Laschet